25.11.2026

Rede von Susanne Bolduan, SID Präsidentin:
„Viele Hände gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“

Lieber Herr Faust, liebe Frau Heiss, liebe Frau Schmidt, liebe Dorle, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Soroptimistinnen,

unser Abend trägt den Titel: **„Viele Hände gegen Gewalt an Frauen und Mädchen.“**
Viele Hände – das bedeutet: Wir schauen nicht weg. Wir halten einander fest. Wir reichen Hilfe. Wir fordern Schutz.
Heute Abend leuchten wir orange. Wir tragen Orange als Zeichen der Sichtbarkeit, der Solidarität und des Widerstands.
Gewalt gegen Frauen ist keine private Angelegenheit. Sie ist kein Einzelfall. Sie ist keine Frage des Schicksals, der Kultur oder der „Eifersucht“.
Gewalt gegen Frauen ist eine Verletzung der Menschenrechte, sie betrifft uns alle – und sie hat Strukturen: Macht, Kontrolle, Besitzdenken, Schweigen und Toleranz gegenüber Tätern.

Gewalt beginnt oft nicht mit einem Schlag. Sie beginnt mit Kontrolle. Mit dem Handy, das kontrolliert wird. Mit Freundschaften, die eingeschränkt werden. Mit Geld, das verwaltet wird.
Mit der Frage: „Wo warst du?“, „Warum hast du das angezogen?“, „Warum trau ich dir nicht?“
Sie beginnt mit Erniedrigung, Drohungen und Isolation. Und sie kann enden in Verletzungen, Vergewaltigung, Stalking – oder im Tod.
Gerade wenn eine Frau sich trennen will, wird die Gefahr oft besonders groß, weil ein Täter dann die Kontrolle verliert, die er für sein Recht hielt. Frauen sterben, weil Männer Gewalt als Mittel der Macht einsetzen.
Die aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamts für das Jahr 2025 machen deutlich, wie dringend unser Handeln ist. In Deutschland wurden 2025 insgesamt 342 Frauen und Mädchen durch Gewalt getötet. Das bedeutet: Fast jeden Tag starb eine Frau oder ein Mädchen durch ein Gewaltdelikt.

Und die Gewalt beginnt längst vor diesen tragischen Endpunkten. 2025 waren mehr als 142.800 Frauen und Mädchen Opfer von Partnerschaftsgewalt. Das sind rein rechnerisch mehr als 16 Frauen pro Stunde. Jede einzelne Zahl war ein Mensch. Eine Mutter, eine Tochter, eine Schwester, eine Freundin, eine Nachbarin. Eine Frau, die vielleicht gehofft hat, dass es besser wird. Eine Frau, der vielleicht niemand glaubte. Eine Frau, die vielleicht keinen sicheren Ausweg fand.
Genau hier setzt der Gesetzentwurf von Bundesjustizministerin Stefanie Hubig an. Sie will den Mordparagrafen verschärfen und klarmachen: Wer eine Frau tötet, weil sie sich trennen will oder weil er ihre Selbstbestimmung nicht akzeptiert, soll als Mörder bestraft werden.

Der Entwurf sieht vor, geschlechtsspezifische oder sonstige menschenverachtende Beweggründe ausdrücklich als Mordmerkmal aufzunehmen.

Das ist ein wichtiges Signal. Denn Worte im Strafrecht haben Bedeutung. Sie spiegeln, wie unsere Gesellschaft eine Tat einordnet. Wenn eine Frau getötet wird, weil sie Nein sagt, weil sie gehen will oder weil sie ein eigenes Leben führen will, dann ist das kein „Beziehungsdrama“. Es ist die tödliche Eskalation von Macht, Kontrolle und Gewalt.

Gleichzeitig wissen wir: Ein Gesetz allein beendet keine Gewalt. Ein härteres Strafrecht schützt keine Frau, wenn sie vorher keine sichere Unterkunft, keine Beratung, keine finanzielle Absicherung und keine verlässliche polizeiliche Hilfe findet. Deshalb brauchen wir beides: Gesetze und eine starke Hilfsstruktur:
Frauenhäuser, Beratungsstellen, Schutzkonzepte, Täterarbeit, schnelle Hilfe und ein Justizsystem, das Betroffene ernst nimmt. Das alles ist festgeschrieben in dem völkerrechtlichen Vertrag des Europarats der

Istanbul Konvention. Aber leider hinkt Deutschland bei der Umsetzung der Istanbulkonvention noch etwas hinterher.

Die Zahlen der Gewalt an Frauen sind wieder gestiegen. Das mag daran liegen, dass sich mehr Frauen trauen, die Gewalt anzuzeigen. Das mag aber auch daran liegen, dass die Gesellschaft sich immer mehr spaltet. Je radikaler Menschen werden, desto höher ist ihr Gewaltpotential, und auch ein steigender Einkommensunterschied fördert Gewaltbereitschaft. Und Phänomene wie die Tradwifes oder die Manosphere tragen zu dieser Spaltung und Radikalisierung bei.

Der Fall von Gisèle Pelicot hat uns gezeigt, wie wichtig Sichtbarkeit und Solidarität sind. Über Jahre wurde sie von ihrem damaligen Ehemann betäubt, vergewaltigt und anderen Männern ausgeliefert.
Gisèle Pelicot hat sich nicht versteckt. Sie hat ihren Namen genannt. Und sie hat uns etwas mitgegeben:

Die Scham muss die Seite wechseln!
Die Scham muss die Seite wechseln! Heißt:

Die Schuld liegt bei den Tätern, nicht bei den Betroffenen. Sie hat gezeigt, dass Schweigen und Scham den Tätern nützen – und dass Mut, Sprache und Solidarität Macht haben.

Sie erinnert uns daran, dass Täter oft nicht allein handeln. Sie handeln in einem Umfeld, das wegsieht, zweifelt, schweigt oder schützt.
Dieses Schweigen und Schützen kostet uns alle viel Geld.

Allein die Folgen der geschlechtsspezifischen Gewalt in Deutschland kosten 54 Milliarden Euro pro Jahr!!
Und davon geht nur ein Bruchteil in die Infrastruktur, die Opfer zu schützen.
Hier stellt sich auch die Frage, warum müssen meistens die Opfer ihr zu Hause verlassen, ihr Auto, ihr Bankkonto, oft sogar ihre Kinder und Freunde.
Einer Hochrechnung zu Folge könnte sich bei der Umsetzung der Gleichstellung in Europa bis 2050 das Bruttoinlandsprodukt um 10 % erhöhen.
Was können wir dafür tun: Männer mit ins Boot holen!!
Männer können sexistische Sprüche, Belästigungen oder Übergriffe klar benennen und nicht wegsehen.
Als Partner, Vater, Bruder oder Freund können Männer Gleichberechtigung konkret vorleben: Entscheidungen teilen, Care-Arbeit übernehmen, Emotionen ohne Dominanz ausdrücken und Kindern respektvolle Beziehungen zeigen.

Gegen Gewalt an Frauen und FÜR Parität zeigen wir heute Abend unsere vielen Hände.
Für mich heißen diese ca. 300 Lauterbacher Hände:
Wir hören zu, wenn eine Frau Vertrauen braucht. Wir glauben ihr, statt sie zu hinterfragen. Wir informieren über Hilfswege. Wir unterstützen Frauenhäuser und Beratungsstellen. Wir fordern sichere Räume, finanzielle Unabhängigkeit und konsequenten Schutz.
Und wir sagen deutlich: Gewalt hat keinen Platz in unseren Beziehungen, unseren Familien und unserer Gesellschaft.
Dafür wollen wir heute Abend ein sichtbares Zeichen setzen. Lasst uns orange leuchten – nicht nur in diesen 16 Tagen, sondern immer - in unserem Denken, Reden und Handeln.

Vielen Dank.

Wichtige Einordnung

Die Zahl **130** bezeichnet die 2025 durch einen Partner oder Ex-Partner getöteten Frauen; **209** umfasst zusätzlich die durch innerfamiliäre Gewalt getöteten Frauen und Mädchen. Die Zahl **342** bezieht sich auf alle polizeilich erfassten weiblichen Todesopfer durch Gewalt – nicht ausschließlich auf Femizide im juristischen Sinne, da die Polizeiliche Kriminalstatistik Tatmotive nicht einheitlich erfasst.[bka][eeas.europa][zdfheute